

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

21.2.1862 (No. 44)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 21. Februar.

N. 44.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Das Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Juden.

Mit der fingirten Unterschrift „Freunde der Regierung, des Volkes und Vaterlandes“ haben einige Späzibögel ein lithographirtes Formular zu einer Petition gegen Emanzipation der Juden, die fest gewöhnlich „Israeliten“ genannt werden, in Umlauf gesetzt, und es scheint, daß sie die Weiße, die sie gemacht haben sollen, mindestens tausend leichtgläubige Seelen zu täuschen, gewinnen werden. Die Juden unseres Landes haben warten auf ihren Messias, daß er den christlichen Großherzog stürze. Einstweilen halten die Rabbiner kraft ihrer „Regierungsgewalt“ die unreine Moral des Talmud aufrecht, daß Betrügen erlaubt sei; und dieser gräßliche Zustand, jetzt auf einzelne Orte unseres Vaterlandes beschränkt, wird in Zukunft bei dem auch den Juden zugesicherten freien Niederlassungsrecht Alles verpesten, wenn diese wie ein „Bienenstich“ und eine „Schmarogerpflanze“ über das ganze Land sich verbreiten. Das letzte Bild gefällt uns besser, denn nach den gründlichen statistischen Angaben der Petition kommt auf je 64 Christen ein Israelit, so daß man Legtern schon sehr dünn auseinander gezogen sich denken muß, wenn er über die 64, darunter vielleicht auch einige mit diesen Vätern, sich „ausbreiten“ soll. Gut angebracht ist die Drohung, daß die unter der Last ihres Judenthums 64, zwar nicht aus Religions- oder Racenhass, aber doch aus Unwillen und Ausrüstung einen Griff in dessen Geldbeutel thun könnten, um das auf sie drückende Gewicht in etwas zu erleichtern.

Man kann über ein Maßwerk wie über die lithographirte Petition der Vaterlandsfreunde Späße machen, und jedenfalls ist das der beste Gebrauch, den sie zuläßt. Die Sache hat aber auch ihre traurig ernste Seite, daß Hunderte und Tausende in einer so plumpen Falle sich fangen lassen, sei sie nun wirklich zum Scherz oder in bösariger Ernste gelegt. Wer von dem bedeutungsvollen konstitutionellen Recht der Petition an die Kammer Gebrauch macht, sollte billiger Weise doch wenigstens einigermaßen von dem Gegenstand sich unterrichten, dem er seine staatsbürgerlichen Bemühungen zuwendet. Die volkfreundlichen Judenfeinde scheinen aber gar nicht zu wissen, daß bereits seit 13 Jahren durch Gesetz vom 17. Febr. 1849 den Juden volle politische Gleichberechtigung mit den Christen zusteht; daß schon jetzt jeden Tag das Entsetzliche geschehen kann, ja schon geschehen ist, daß christliche Wähler einen jüdischen Bürgermeister oder Gemeinderath erwählen. Hat doch die Residenz zu ihrem Ruhm und zum Vortheil des Landes selbst in die Kammer einen Israeliten entsendet. Mit der verfassungsmäßig garantierten politischen Gleichstellung der Juden war aber freilich der großen Mehrzahl derselben bisher nicht besser gedient, als in der bekannten Fabel dem Storch, welchen der Fuchs zum Gastmahl vom flachen Teller geladen hatte. Die regelmäßige Voraussetzung aller politischen Rechte ist das Ortsbürgerrecht, und das hat man 13 Jahre lang den Juden in den meisten Gemeinden gegen den Buchstaben und den Sinn der Verfassung vorenthalten. Wenn heute eine verfassungsgetrene Regierung dieses Unrecht gut zu machen sich beillt, so braucht man noch nicht einmal dem „vernünftigen Fortschritt“ unserer Anonymi, sondern nur einer gesunden Logik zu huldigen, um dies natürlich und geboten zu finden.

Die Logik scheint nun freilich nicht die stärkste Seite der

mutigen Männer, die mit verummtem Gesicht aus dem Hinterhalt die Juden überfallen. Sie fürchten sich vor der Geldmacht der Juden und gleichzeitig davor, daß die Armenunterstützung derselben unerschwingliche Summen kosten werde. Größer als die Thorheit ist nur die sittliche Verworfenheit der sieben Steifsteiner, welche mit dem Scherwort für einer Judenbege winken.

Und worin bestehen denn die ungeheuren Nachteile, mit welchen das neue Gesetz die guten Christen bedroht, bei denen freilich das „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ noch nicht praktisch geworden zu sein scheint? Den Juden soll in Zukunft der Erwerb des Ortsbürgerrechts eben so offen stehen, wie den Christen. Das ist nur die notwendige Konsequenz eines seit 13 Jahren bestehenden Verfassungsgesetzes, und aus ihrem Ortsbürgerrecht folgt wieder unvermeidlich, daß ihnen, wie alle Pflichten, so auch alle Rechte der Ortsbürger zustehen müssen. In Geldsachen hört aber bekanntlich, und nicht bloß bei den Juden, die Gemüthlichkeit auf, und diese große Wahrheit ist in dem Gesetz mit solcher ängstlichen Gewissenhaftigkeit geachtet, daß weit eher der abstrakte Emanzipationsfreund, als ein irgend billig denkender Gegner der Juden zu Einwendungen berechtigt wäre.

Es handelt sich wesentlich um Armenunterstützung und Almenden. In beiden Beziehungen sollen die Juden erst nach Ablauf von 5 Jahren den Christen gleichgestellt werden, so daß zunächst der mit einer plötzlichen und unvorhergesehenen Aenderung der Gesetze verbundene Stoß völlig vermieden wird. Auch nach jener Frist könnten einzelne politische Gemeinden durch Uebernahme der Armenunterstützung der Juden zu leiden haben; denn diese sind durchschnittlich die ärmeren (die Petition selbst gibt an, daß sie $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung bilden und nur $\frac{1}{2}$ des Vermögens besitzen), und es sind verhältnißmäßig weniger jüdische als christliche Armenfonds vorhanden. Die letzteren verbleiben selbstverständlich für alle Zukunft ausschließlich den Christen. Um aber die politischen Gemeinden, in welchen übrigens auch die Juden zu Zwecken der Armenunterstützung zu Steuern haben werden, gegen jeden Nachtheil zu sichern, sollen nach Ablauf jener 5 Jahre die Juden einzuweisen auf die Dauer weiterer 10 Jahre noch jährlich 4000 fl. unter sich aufbringen, welche durch das Ministerium an diejenigen politischen Gemeinden vertheilt werden, welche durch Uebernahme der Armenunterstützung der Juden etwa beeinträchtigt werden. Seither wurden aus der jüdischen Zentralkasse durchschnittlich nur 3800 fl. zu ähnlichen Zwecken verwendet; das Bedürfnis wird aber in Zukunft ganz gewiß nicht größer, sondern kleiner werden, denn die Noth der Juden beruht wesentlich darauf, daß sie an einzelnen Orten dicht zusammengedrängt waren. Können sie, wie jeder Andere, ihre Kräfte frei verwenden, so werden sie viel seltener als jetzt der Unterstützung bedürfen, und wir fürchten nicht, es werde der „zügellose Fortschritt“ einreißen, daß immer je 64 Christen „schwigen“ müssen, um einen Juden zu ernähren.

Was den Bürgernutzen anbelangt, in welchen sich die Juden selbstverständlich ebenso wie die Christen einzufinden haben, so können vor Allem die Gemüthlichen der jetzt Berechtigten, so lange sie leben, durch den Eintritt der Juden in keinem Falle geschmälert werden; von Verletzung eines bestehenden Rechts kann also schlechthin keine Rede sein. Aber noch viel mehr. Es sollen nicht bloß diejenigen Juden, welche jetzt alsbald Bürger werden, sondern auch diejenigen, welche jetzt bereits 15 Jahre alt sind und wie sie allmählig das geseg-

liche Alter erreichen, in das Bürgerrecht einrücken, hinter allen christlichen Bürgern zurückbleiben, welche in dem Zeitpunkt zum Bürgernutzen bereits befähigt waren, in welchem die einzelnen Juden (durch Zahlung des Einkaufsgeldes) jene Fähigkeit erlangen. Nimmt man hinzu, daß überhaupt erst nach Ablauf von 5 Jahren die israelitischen Ortsbürger in den Bürgernutzen sich einkaufen dürfen, so ist es klar, daß nicht bloß alle wirklich bestehenden Rechte, sondern sogar alle einigermaßen fest begründeten Hoffnungen christlicher Ortsbürger durch die spätere Theilnahme der Juden an dem Bürgernutzen nicht im geringsten verletzt werden. Nur die verächtlichste aller Eigenschaften, mißgünstiger Neid, kann dagegen sprechen. Gegenüber den verummten Ritzern, welche den Juden, weil sie kein Schweinefleisch essen, auch kein Obholz können, wird unsere billig denkende Bevölkerung des goldenen Sprüchleins nicht vergessen:

Was Du mit willst, daß Dir geschieht, das thue auch keinem Andern nicht.

Deutschland.

Bruchsal, 19. Febr. Dieser Tage ist eine von den hiesigen Gemeindefollegien und sämtlichen Wahlmännern der Stadt — mit Ausnahme von zweien — unterschriebene Petition gegen die bürgerliche Gleichstellung der Juden nach Karlsruhe abgegangen, was begreiflicher Weise in unserer Stadt großes Aufsehen macht. Daß diese Frage eine gewisse Aufregung verursacht, ist nicht zu verkennen, indem dabei tief eingewurzelte Vorurtheile bei der Bevölkerung ins Spiel kommen. Aber eben weil es Vorurtheile sind, darf man sich dadurch nicht abhalten lassen, offen seine Meinung zu bekennen, und deshalb glauben wir, hier verkünden zu dürfen, daß trotz der Petition nicht wenige Bewohner Bruchsal's mit uns der Ansicht sind, es sei die gänzliche Emanzipation der Juden grundtätig nur die Sühnung eines alten Unrechts, welche so bald eintreten müsse, als es die Umstände nur irgend gestatten. Und diese schreiben uns denn doch endlich gekommen.

Heidelberg, 19. Febr. Da in neuester Zeit wieder von vielen Seiten Befürchtungen wegen zunehmender Beschädigungen unserer alten Schloßruine laut geworden sind, kam heute der Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Hr. Baer, in Begleitung des Hrn. Oberbau- raths Keller hierher, um die vorhandenen Beschädigungen neuerdings einer genaueren Besichtigung zu unterwerfen.

Die H. Bezirksbauinspektion Wag, Domänenverwalter Sid, Baupraktikant Helbing (Vorstand der Eisenbahnhochbauten-Inspektion Heidelberg), sowie die beiden H. Bürgermeister, mehrere Gemeinderäthe und Ausschußmitglieder der Stadt Heidelberg wurden zur Theilnahme an dieser Besichtigung eingeladen, und die Ingenieure der Eisenbahn-Bauverwaltung nebst dem Kastellan des Schlosses zu der nöthigen Auskunftsertheilung beigezogen. Eine genaue Besichtigung aller Theile der Schloßruine, an denen Beschädigungen wahrzunehmen sind, führte im Wesentlichen zu folgendem Ergebnis: Die an der sog. Karlschanze, dem am weitesten vorgeschobenen Theil des Schlosses, vor der Einwölbung des Tunnels entstandenen Sprünge des Mauerwerkes haben sich seit vorigem Herbst weder erweitert noch vermehrt. Ebenso ist eine nennenswerthe Erweiterung der Sprünge in dem Ge-

Kg. Helene.

(Fortsetzung aus Nr. 37.)

In ein paar Tagen zeigte eine Einrückung im Ortoblat, daß mit nächstem Quartal eine elegante Wohnung frei werde. Anfragen kann man an Frau Bates, Aufschichts-Straße Nr. 2, richten. Vollgültige Nachweisungen werden ertheilt und verlangt.

Es waren noch vierzehn Tage bis zum Quartal. Konzerte, Ausstellungen, Paraden, Predigten, Wohlthätigkeitskonzerte und Wasserfahrten wurden alle zu Hilfe genommen. Wo nur Versammlungen von Leuten waren, da war auch Frau Bates, war auch Fräulein Bates, die Stolzeste der Stolzen, die Höchste der Höhen — im Schein, wenn nicht im Wesen.

Wer war das herrliche Fräulein, mit dem schwarzen Augenpaar, dem herabschauenden Blick? Wer — ja wer?

Die vierzehn Tage waren noch nicht um, so hatte Frau Bates dreizehn Briefe geschrieben und neun persönliche Anfragen um ihr Logis. Die neun persönlichen wurden auf der Stelle abgefertigt. Die Anfrage sagte, Anfragen „könne man...“ richten? Frau Bates bedauerte, den Anfragenden hierauf aufmerksam machen zu müssen. Die dreizehn Briefe wurden ausgewaschen und sorgfältig zergliedert: zwanzig wurden vorweg verworfen, Handelsreisende und Kaufmannskapitäne, Leute nicht von Familie, oder ganz junge Männer; ein Secondlieutenant und zweite Schiffslieutenant ließen sich für künftige Verdrückung ausbilden; neun sollten undernweilte Beachtung erhalten; zwei Hauptmänner und ein Major empfingen höfliche Antworten mit dem Bedauern der Frau Bates, daß sie ihre Anerbietungen ablehnen müsse, allein sie sei immer gewohnt gewesen, Herren vom Seedienst in die Wohnung zu nehmen, und fühle sich der Aufgabe nicht gewachsen, u. s. w. u. s. w.

„Männer vom Seedienst sind viel impressionabler“, erklärte Frau Bates der Fräulein Tochter. „Militäre sind solche Praktiker, und glückliche, im Courtmachen, daß ich sie fürchte; Seelente dagegen sind viel empfänglicher

und generöser: mein blaues Kleid und der schwarze Shawl waren Präsente vom Kapitän Fitzroy, die er zwei Wochen bei uns im Hause war.“

Neun Herren trugen also Verlangen nach dem Obdach im zweiten Stock; aber welchem den Vorzug geben? Sonst kam bloß der höchste Preis in Anschlag, jetzt aber waren andere Verhältnisse zu berücksichtigen. Einen Berathlichen in's Logis zu bekommen, der seine drei Guineen wöchentlich jahrelang zahlte — schönen Dank! Nein, nein; der Miether mußte ledig sein — ein Seemann, von guter Familie und Ausichten und, nach Katharinen's Anschauungen, von gut klingendem Namen. Wer nun von den Neunen? —

Herr Brownson mußte zum Thee eingeladen werden; er kannte Jedem, wußte Alles in und von Portsmouth; er war etwas bei der Westküste, Niemand schien eigentlich zu wissen was; er hatte ein kleines Bureau, wo er die „Times“ und die Monatschriften fleißig von zehn bis vier Uhr las — eine Beschäftigung, wofür, wie böse Jungen behaupten, viele Herren in Regierungsstellen gut bezahlt werden.

Herr Brownson also sollte kommen. Katharina wanderte mit der Einladung auf das Bureau, und Herr Brownson stellte sich ein. Er sah die Briefe an, zeichnete sich die Namen auf, und kam am nächsten Abend, Auskunsftschwer.

Nr. 1. Kapitän Jenkins, von unten auf gebürt; nichts als seinen Gehalt; trinkt hart.

Nr. 2. Erster Lieutenant Broadhead, Taugenichts, von guter Familie; furchtbar in Schulden; hat einen Hausknecht, und wird sehr früh Morgens aus der Straße gesehen.

Nr. 3-7. Varietäten derselben Spezies.

Nr. 8. Kapitän Allerton, gute Familie; drei Schritte zur Pairschaft; Schiff in Ausrückung; hat in sechs Monaten, mehr oder weniger, sobald die Bemannung beisammen ist, zum Dienst sich fertig zu halten.

Nr. 9. Kapitän Lake, gute Familie; 500 Pfund Zinsfuß jährlich von einem Dattel; beerdt einst den Dattel; still, verschlossen, jung, eben Kapitän geworden, und von einer langen Fahrt heimgekommen.

„Ich meine, Kapitän Lake wäre zu nehmen, Herr Brownson.“ Herr Brownson war auch der Meinung. Er war immer Hebermann's Meinung. Er hatte gar keine Meinung für sich, war lediglich eine Aufsprechung von Thatlagen.

„Allerton“ klingt recht hübsch, Mama.

„Lake.“ [See], mein ich, klingt eben so hübsch; so nach Stille und Ruhe. Ich denke noch an die schönen Lakes in Cumberland, meine Liebe, wo Dein Vater und ich die Hüttenwohnen — ach! Vergangenezeiten!

Kapitän Lake war der Begünstigte. Für ihn wurden die Quartements im zweiten Stock in vollkommener Ordnung gebracht; für ihn wurden neue weiße Vorhänge am Mahagoni-Himmelbett aufgezogen; für ihn wurde eine neue Flasche und Glas zum Waschtisch gekauft; für ihn wurde Alles gethan, was für einen neuen Miether, dem sein Dattel einen jährlichen Zinsfuß von fünfshundert Pfund gibt, zu thun war.

Wozu Ausschub? Frau Bates ist energisch — Fräulein Bates ist unzufrieden mit dem Namen Bates; Kapitän Lake ist im zweiten Stock; Fräulein Bates muß die Treppe hinauf in die obere Hauskammer; Herr Lake sieht Fräulein Bates ein Mal, zwei Mal, drei Mal, viele Mal. (Fortsetzung folgt.)

London, 13. Febr. Das Ausstellungsverzeichnis ist von den Bauunternehmern Reil und Lucas gestern um 12 Uhr Mittags der königl. Kommission übergeben worden, und die genannten Herren haben somit den Vertrag auf Tag und Stunde erfüllt.

wölbe der unter der Terrasse befindlichen Halle nicht zu bemerken. Die im Herbst v. J. auf der Schloßterrasse sich bildenden und alsbald wieder ausgefüllten Sprünge sind zwar an einigen Stellen wieder sichtbar, allein die entstandenen Fugen betragen kaum eine Achtelsohle. Die an dem Boden und den Wänden der Kirche im Herbst entstandenen Sprünge haben sich ebenfalls kaum bemerkbar, an vielen Stellen aber gar nicht erweitert. Auch die Sprünge in der Wohnung des Kassellans und des Aufsehers über die v. Graimberg'sche Sammlung lassen eine kaum merkbare Erweiterung erkennen. An dem achtseitigen Thurm ist nirgends ein Riß bemerklich. Bei näherer Untersuchung der vorhandenen Sprünge, namentlich auch jener in dem Keller, zeigten sich, nach Entfernung des Kalkbewurfs, in dem Mauerwerk größere oder kleinere Spalten aus alter Zeit.

Daß diese Beschädigungen insgesammt den Bestand der Gebäudetheile zur Zeit in keiner Weise beeinträchtigen, wurde von allen Technikern, sowie von den Bewohnern des Schlosses übereinstimmend anerkannt, und auch die Vertreter der Gemeinde konnten aus der Besichtigung keine Veranlassung finden, die Wichtigkeit dieses Urtheils zu bezweifeln.

Um nun den sämmtlichen Interessenten Gelegenheit und Veranlassung zu geben, sich fortwährend von dem Stande der Beschädigungen in genauer Kenntniß zu erhalten, wurde beschlossen, daß von Seite der Bauverwaltung, der Domänenverwaltung und des Gemeinderaths Kommissare ernannt werden, welche mindestens alle 14 Tage den Zustand der Beschädigungen gemeinschaftlich zu konstatiren und über den Zustand ein Protokoll aufzunehmen haben, welches auf dem Rathhause zur Einsicht aufgelegt werden soll.

Außer der vorerwähnten Wiederherstellung der seit langer Zeit schon enfteneren zwei Schlaudern in dem unter der Terrasse befindlichen Gewölbe wurde von keiner Seite eine Sicherungsmaßregel in Antrag gebracht. Für keinen der Schlossbewohner liegt eine Veranlassung zum Auszuge vor, und dieselben haben auch die Räumung ihrer Wohnungen nicht beabsichtigt, noch viel weniger ausgeführt.

Bei dieser Lage der Verhältnisse dürfen wir hoffen, daß alle diejenigen, welchen es in der That nur um die Erhaltung des Schlosses zu thun ist, ihre Wahrnehmungen, welche bei ihnen Besorgnisse erregen, entweder zur Kenntniß der Gemeindebehörde oder Bauverwaltung bringen werden.

Nach Besichtigung des Schlosses wurde auch von sämmtlichen Anwesenden der nun vollständig eingewölbte Tunnel begangen und das Mauerwerk bei Fackelschein besichtigt. An keiner Stelle konnte irgend eine Beschädigung der Gewölbssteine wahrgenommen werden; das solid und sorgfältig ausgeführte Mauerwerk machte allgemein den Eindruck der größten Dauerhaftigkeit.

Frankfurt, 19. Febr. Nachstehend theilen wir die Erklärungen mit, welche Preußen, Bayern und das Präsidium in der interessanten Bundestags-Sitzung vom 6. d. nach Annahme der Anträge über Herbeiführung einer gemeinschaftlichen Zivil- und Kriminalgesetzgebung abgegeben haben, nachdem sich Preußen vor der Abstimmung sehr energisch dagegen ausgesprochen und Bayern gegen die preussischen Aeußerungen ausführlich entgegnet hatte:

Preußen: Die k. Regierung legt, indem sie die von ihr abgegebene Erklärung in allen Punkten aufrecht erhält, gegen den so eben gefassten Beschluß Verwahrung ein. Was die Motivirung des k. bayrischen Beschlusses betrifft, so muß zwar der k. Gesandte seiner allerb. Regierung eine etwaige Aeußerung darauf vorbehalten; er bemerkt jedoch, daß die gegenwärtige Verwahrung sich auf die mangelnde Kompetenz der h. Bundesversammlung, in einer nur mit Stimmeneinhelligkeit zu beschließenden Angelegenheit gegen den Widerspruch auch nur einer Regierung einen Majoritätsbeschlusse zu fassen, bezieht. Er fügt ferner im Hinblick auf die Abstimmung des bayrischen Hrn. Gesandten hinzu, daß eine authentische Interpretation von Bundesgesetzen nur mit Stimmeneinhelligkeit erfolgen kann.

Bayern: Der Gesandte bemerkt hierauf, daß er von einer authentischen Interpretation nicht gesprochen habe, sondern von derjenigen, welche sich in den bisherigen Anwendungen des Art. 64 der Wiener Schlußakte ausprägen. Was übrigens zu einer authentischen Interpretation Stimmeneinhelligkeit erforderlich sein, oder Stimmeneinhelligkeit genügen, jedenfalls kann sie durch eine Minorität nicht gegeben werden.

Präsidium: Ich spreche das lebhafteste Bedauern aus, bei der angeordneten Herbeiführung einer im Allgemeinen als gemeinnützig und selbst als nationales Bedürfnis erkannten Uebereinkunft des Rechts und der Rechtspflege in den deutschen Staaten nicht nur die so wünschenswerthe Mitwirkung der k. preuss. Regierung jetzt in Frage gestellt, sondern selbst Verwahrung eingebracht zu sehen gegen einen Beschluß der hohen Versammlung, welchem die feste Uebereinkunft zum Grunde liegt, daß das vorgesehene Ziel auf dem bezeichneten Weg am schnellsten zu erreichen sei. So wenig der Art. 64 der Wiener Schlußakte, seinem Wortlaut und Geiste nach, bei dem eben gefassten Beschlusse die in der heutigen k. preuss. Abstimmung und Forderung angelegte Stimmeneinhelligkeit zu rechtfertigen vermöchte, eben so wenig sprechen für dieselbe frühere Vorgänge, von welchen die beschlossene Einsetzung einer Bundeskommission in der Angelegenheit der Herstellung gemeinsamen Rechts und Gewichts in die jüngste Zeit fällt. Präsidium bezieht sich daher, dieser Verwahrung gegenüber, auf den so eben gefassten Bundesbeschluß, welcher in einer der wichtigsten Zeitfragen unter Wahrung der schließlichen Entscheidung der höchsten und höchsten Regierungen, sowie der verfassungsmäßigen Beteiligung der Landesvertretungen die freie Vereinbarung im Bunde im Sinne des Art. 64 der Wiener Schlußakte vorzubereiten bestimmt ist.

Die Mehrheit der Versammlung trat dieser Präsidialausklärung bei.

Wiesbaden, 18. Febr. Die Wiedereröffnung des Nassauischen Landtags wird, wie die „Mittelrh. Ztg.“ vernimmt, in der ersten Hälfte des März erfolgen.

Koburg, 18. Febr. Herzog Ernst hat nach einer an die Vorstandsmitglieder des deutschen Schützenbundes gelangten Nachricht einer an ihn abgeordneten Deputation des allgemeinen deutschen Schützenbundes erklärt, den ihm angetragenen Ehrenvorsitz auf dem ersten deutschen Schützenkongress annehmen zu wollen.

Aus Sachsen, 15. Febr. Der „Bes.-Ztg.“ wird geschrieben: Die gestern erfolgte Geburt einer Prinzessin (in der Taufe Elisabeth genannt), Tochter des Prinzen Georg und Enkelin unseres regierenden Königs, hat manche frohe Hoffnung zu Nichts gemacht, welche die Geburt eines Prinzen und mutmaßlichen Thronerben mit Sehnsucht erwartet hatte. Der regierende König Johann hat zwei Söhne, von denen der ältere, Prinz Albert, bis jetzt noch kinderlos, der jüngere, Prinz Georg, nunmehr Vater einer Tochter ist.

Hamburg, 15. Febr. (A. Pr. Ztg.) Ein Flottenverein für die hamburgische Jugend ist hier gegründet worden. Zweck desselben ist die Förderung der Sammlung für die deutsche Flotte unter Preussens Führung.

Aus Holstein, 17. Febr. In Glückstadt hat vorgestern Theodor Lehmann, Ausschußmitglied des Nationalvereins, unter der Anklage des Hochverraths vor dem Obergericht gestanden, das ihn freigesprochen und den Fiskus in die Kosten verurtheilt hat. Diese Nachricht hat dann in Kiel eine lebhafteste Befriedigung hervorgerufen.

Berlin, 18. Febr. Der schon erwähnte, von den Abgg. Krause und Tschow gestellte Antrag auf Selbständigkeit der evang. Landeskirche nach Maßgabe des Art. 15 der Verfassung stützt sich auf folgende Motive:

1) Art. 15 der Verfassung fordert, daß die evang. Kirche ihre Angelegenheiten selbständig ordne und verwalte; die evang. Kirche ist aber thatsächlich noch immer nicht in den Besitz dieses ihr seit 12 Jahren verbrieften Rechts gelangt.

2) Das Bestreben des Kultusministeriums und der zeitigen Kirchenbehörden, diese Selbständigkeit durch allmähliche, stufenweise Oetropirung einer Kirchenverfassung zu bewirken, steht im Widerspruch mit dem Artikel 15, welcher nicht bloß die Verwaltung, sondern auch die „Ordnung“ ihrer Angelegenheiten der Kirche selber überweist, und führt überdies, wie die Erfahrung zeigt, nicht zum Ziel.

3) Dem Art. 15 liegt hiistorisch nachweisbar der Sinn zu Grunde, daß zur Bewahrung der Selbständigkeit eine eigene kirchliche Organisation geschaffen werden müsse, welche an Stelle der bisherigen staatlichen Kirchenbehörden die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zu übernehmen habe. Die Verfassung einer aus Gemeindevorständen hervorgehenden Repräsentation der evang. Landeskirche ist damals von der königl. Staatsregierung als der korrekteste Weg zu diesem Ziel erkannt worden, und muß noch heute als der korrekteste erscheinen, da er der einzige ist, auf welchem die Kirche ohne Verzug und ohne Verletzung in den Besitz ihres Rechts zu gelangen vermag.

4) Das Interesse des Staats wie das Interesse der Kirche gebieten gleicherweise, daß dem langen Interimismus mit seinen Nothständen und Rechtsverwirrungen ein Ende gemacht, und das verfassungsmäßige Rechtsverhältnis des Staats zur Kirche endlich definitiv festgestellt werde. Es existirt kein Rechtsgrund noch Rechtstitel, aus welchem die Berechtigung hergeleitet werden könnte, dem Staat die völlige Befreiung von Kirchenzinsen und der Kirche den vollen Genuß ihrer Selbständigkeit noch länger vorzuenthalten.

Ein sonst gewöhnlich gutunterrichteter Korrespondent der „Frankfurter Zeit“ hält die Mittheilung österreichischer Blätter, daß Oesterreich in den mit Preußen gepflogenen Verhandlungen sich von der Nothwendigkeit überzeugt habe, der kurbessischen Regierung ein Juratagehen auf die Verfassung von 1831 zu rathen, für begründet; doch halte man die betreffenden Verhandlungen und ihre etwaigen Ergebnisse hier so geheim, daß sich der gegenwärtige Standpunkt der beiden Großmächte nicht klar formuliren lasse. Oesterreich scheine die Verfassung von 1831 sofort in ein Zweikammersystem umzuwandeln zu wollen, womit sich die Hellen schwerlich zufrieden erklären werden. Preußen scheine diesen Punkt nicht zu accentuiren und überhaupt die etwaigen Abänderungen der rechtlich existirenden Verfassung als eine Sache zu betrachten, welche die kurbessische Regierung mit den verfassungsmäßigen Ständen zu vereinbaren habe, und welche also eine innere kurbessische Angelegenheit sei. Ob aber Preußen in der Rechtskonsequenz so weit geht, daß es als Grundlage für die Einberufung der verfassungsmäßigen Stände die Wahlordnung von 1849 fordert, weiß der Korrespondent nicht mit Bestimmtheit anzugeben. Dagegen glaubt er als „absolut gewiß“ aussprechen zu können, daß Preußen unter keinen Umständen dulden werde, daß die Folgen einer langen Rechtsverweigerung von Seiten des Bundestags oder von irgend einer gegnerischen Seite benützt werden, um der kurbess. Regierung abermals den Rechtsforderungen ihres Volkes gegenüber gewaltthätige Hilfe zu leisten.

Die Verfassungsfrage in Anhalt wird im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen. Von einer Anzahl angesehener Einwohner von Halle ist eine die anhaltischen Verfassungszustände betreffende Petition an das Haus abgegangen, in welcher ausgeführt wird, daß in Folge des Verfalls der Verfassung in Anhalt die materiellen Interessen preussischer Staatsbürger fortwährend erheblich verletzt würden. Das Haus wird ersucht, bei der Staatsregierung sich dahin zu verwenden, daß diese in geeigneter Weise für die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Anhalt wirke. — Die Anklage gegen den Hofener Redakteur Jagielski wegen Aufreizung zum Hochverrath soll am 1. März vor dem Staatsgerichtshof im großen Sitzungssaale der Kriminalabtheilung des Kammergerichts zur Verhandlung kommen.

K.C. Berlin, 19. Febr. Die Kommission des Herrenhauses zur Beratung der Kreisordnung hat in ihrer vorgestrigen Sitzung mit 10 gegen 9 Stimmen das Prinzip der Beibehaltung der Besitzstimmern der Rittergutsbesitzer angenommen. Das schließt jedoch eine entsprechende Verfassung der beiden andern Faktoren der Kreisstände, der Städte und des kleineren ländlichen Grundbesitzes, nicht aus. Zugleich wurde der Grundlag aufgestellt, daß durch den Verkauf der Rittergüter die Besitzstimmern verloren geht und nur durch königliche Beleihung für das Gut wiedergewonnen werden kann.

Der Handelsminister v. d. Heydt beabsichtigt noch in dieser Saison eine umfassende Vorlage von neuen Eisenbahnbauten zu machen. Die Bahnen — mit Ausnahme der Eifelbahn — fallen sämmtlich in die östlichen Provinzen.

Es gehören dazu die Bahnen: Halle-Nordhausen, die Lausitzer (anschließend an diese), die schlesische Gebirgsbahn, die Verlängerung der Südbahn von Küstrin nach Berlin, Königsberg-Willau, Köslin-Danzig, Danzig-Neufahrwasser etc. Die gemeinsamen Kosten dieser Bahnen sollen durch eine Anleihe (wir hören von 70 Millionen) gedeckt werden; doch wird der Kostenschlag noch von der Stellung des Grund und Bodens abhängen, der von der Regierung von den Kreisen gefordert wird. Die Vorlage des Handelsministers kommt zunächst im Staatsministerium zur Verabhandlung.

Ein von dem Abg. Leue (Salzweil), unterstützt durch 55 Unterschriften, eingebrachter Gesetzentwurf, betreffend die Form der Eidesleistung, will unter Aufhebung der jetzigen Bestimmungen für alle Eide (also auch für die der Juden, Griechen, Mohamedaner und Dissidenten) die Formel einführen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“, wobei es dem Schwörenden gestattet sein soll, diesen Worten die seinem Glaubensbekenntnis entsprechende Bekräftigung hinzuzusetzen.

Nächsten Samstag beginnen die Beratungen der Kommission über die Anträge in der deutschen Frage. Der Vorsitzende, Hr. v. Carlowski, hofft bis dahin von einer Unpäßlichkeit wieder hergestellt zu sein.

Berlin, 19. Febr. Dem Vernehmen nach ist in der Frage wegen Anerkennung des Königreichs Italien noch immer keine Entscheidung getroffen. Fortdauernd finden über diese Frage lebhafteste Erörterungen statt, bei denen sich bis jetzt zwischen den Ministern noch Meinungsverschiedenheiten zeigen. Die Mehrheit des Kabinetts soll aber der Anerkennung günstig gestimmt sein. In hiesigen politischen Kreisen spricht man von eifrigen Bemühungen der Gesandten Englands und Frankreichs um eine Annäherung Preussens an Sardinien. — Hr. v. Auerswald ist von seiner Krankheit jetzt beinahe wieder hergestellt, fühlt sich aber noch sehr angegriffen. Wie es heißt, wird derselbe wohl noch längere Zeit das Zimmer hüten. — Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wiederbesetzung der erledigten Gesandtschaftsposten wird neuerdings auch der Name des Geh. Rath's Grafen Rangan genannt. Der Graf soll zum Vertreter Preussens an einem der mittleren Höfe ausgesuchen sein. Mehrere Gesandtschaften bezeichnen ihn als fähigen Gesandten in Stockholm. Sonst wohlorientirte Personen wollen behaupten, es sei noch nicht ausgemacht, ob der Geh. Rath v. Bischoffswerder in Paris oder am Londoner Hof mit der Vertretung Preussens betraut werden. Sein Abgang von St. Petersburg soll bereits als festbeschlossene Sache zu betrachten sein. — Von Seiten Preussens und Oesterreichs sind auf die letzten Erklärungen des dänischen Kabinetts in der Herzogthümerfrage identische Antwortdepeschen nach Kopenhagen abgegangen. — Am letzten Samstag waren hier mehrere Ausschußmitglieder des Nationalvereins zu Beratungen vereinigt. Von denselben wurden dabei der Beschluß gefaßt, innerhalb der nächsten vierzehn Tage in Berlin eine förmliche Sitzung des Vereinsauschusses abzuhalten. Dieser Sitzung soll dann eine größere Versammlung von hiesigen Mitgliedern des Nationalvereins folgen. — Auf Anregung von Wahlmännern haben sich in mehreren hiesigen Stadtbezirken Vereine zur Besprechung gemeinnütziger Angelegenheiten gebildet. Dem Beispiel wollen noch zahlreiche andere Bezirke folgen. Namentlich sollen diese Zusammenkünfte sich zu Versammlungspunkten der Bezirksräthe gestalten.

Wien, 17. Febr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Der Wunsch des Grafen Bernstorff nach bestimmt gestalteten Reformvorschlügen soll erfüllt werden. Graf Rechberg hofft längstens im Lauf des nächsten Monats eine darauf bezügliche Note in Berlin überreichen zu können, wenn es ihm gelingt, bis dahin die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche in diesem Augenblicke noch einer vollständigen Verständigung zwischen den Gliedern der Koalition, namentlich in Bezug auf die militärischen Fragen, im Wege stehen. Irgend ein nennenswerthes Resultat zu Gunsten der Bundesreform werden auch diese neuesten Vorschläge schon darum nicht haben, da dieselben immer wieder darauf basiren, daß der außerdeutsche Länderbesitz in die Bundesgarantie einbezogen wird. Daran müssen aber alle Reformversuche scheitern. — In Bezug auf den Unterrichtsath hat es, daß derselbe in seiner ursprünglichen beantragten Form nicht ins Leben treten, daß vielmehr ein Unterrichtsministerium errichtet werden soll. — Die rückständigen direkten Steuern in Ungarn, welche im Jahr 1860 auf 18 Millionen sich beliefen, sind nunmehr auf 9 Millionen herabgeschmolzen; doch wurden daneben, abgesehen von der laufenden Steuerquote, an 15 Millionen Rückstände indirekter Steuern, zusammen also 24 Millionen Rückstände allein eingetrieben. Jetzt hat das Finanzministerium eingewilligt, die Steuererhebung verfahrensweise auf drei Monate den provisorischen Behörden zu überlassen und die Militäreruktion einzustellen.

Wien, 17. Febr. In Venedig sieht man der Ankunft des Kaisers für den 23. oder 26. d. entgegen, und man glaubt, daß der Besuch sich bis zum 4. März ausdehnen werde. — In der Frage wegen Revision des Kontrats erfährt die „Konst. Korresp.“, daß die römische Kurie eine Basis in Vorschlag gebracht haben soll, welche, ohne die Freiheit der katholischen Kirche anzutasten, gleichwohl gestattet, den vollständig anerkannten Ansprüchen der übrigen Konfessionen auf innere Autonomie hinreichend Rechnung zu tragen. Die betreffenden Verhandlungen seien in Rom eingeleitet worden, aber bereits nach Wien transkribirt, und es ist anzunehmen, daß die Staatsregierung die Hoffnung hegt, in Bälde dem Reichsrath hierüber eine Vorlage zu machen, durch welche die Arbeiten des konfessionellen Ausschusses wesentlich modifizirt werden dürften.

W.C. Wien, 19. Febr. (Der Aufstand in Griechenland.) Wir erfahren noch, daß den beiden bayrischen Prinzen, Söhnen des Prinzen Luitpold, welche sich auf der Reise nach Athen befinden, nach Corfu die Meldung zugefertigt wurde, bis auf Weiteres daselbst zu verbleiben. Die Insurgenten, welche sich durch einen Handreich der Stadt und Festung Nauplia bemächtigt und mit welchen der größte

Theil der Offiziere der Besatzung im Komplotz war, befreiten alsbald den auf der Zitadelle verwahrten Königsmörder Dosios. Es ist sehr zu befürchten, daß die Katastrophe, welche schon seit geraumer Zeit im Königreich drohte, ihrem Ausbruch nahe ist.

Graf Nechberg sieht sich durch Unwohlsein genöthigt, das Bett zu hüten.

Wien, 19. Febr. Die telegraphische Nachricht der heutigen „Berliner Börsenzeitung“ in Betreff des Anerbietens einer Garantieallianz an die Schweiz ist thatsächlich unbegründet.

Prag, 17. Febr. (Dr. J.) Der Stadtrath hat dieser Tage beschlossen, dem Stadtverordneten-Kollegium den Antrag vorzulegen, es möge die Uebergabe des Kirchenermögens so lange sistirt bleiben, bis von Seite der Staatsbehörde an die Gemeindevertretung ein Auftrag in dieser Angelegenheit gelangt.

Oesterreichische Monarchie.

W.C. Agram, 15. Febr. Dem „Botschafter“ wird geschrieben: Die hiesige Situation unseres sozialen Lebens wird geradezu unerträglich. Die gereizte Stimmung zwischen Zivil und Militär wird immer größer und ruft Maßregeln hervor, die an eine sanfte Art von Belagerungszustand mahnen. Dies zeigte sich wenigstens an dem vorgestrigen Abend, an welchem bei dem F.M.E. Schlitter Ball war. Mochte derselbe eine Demonstration von Seiten des Zivils befürchten oder war wirklich an den Gerüchten etwas Wahres, welche von Fenstererschlagungen sprachen, sobald man im Ballsaale Walzer spielen würde; kurz, so viel ist gewiß, daß sich die ganze Nacht hindurch zahlreiche Militärpatrouillen in der Nähe der Wohnung des Generals, welche nach zwei Gassen hinzieht, mit gepflanzten Bajonetten bewegten. — Heute findet in der hiesigen bürgerlichen Schießstätte ein Jünglingsball statt, wobei die städtische Musik spielen wird. Da der Oberstleutnant erfahren, daß daselbst auch Walzer getanzt werden wird, schrieb er an das Ballkomitee in kroatischer Sprache einen Brief, in welchem er dasselbe auf die möglichen unangenehmen Folgen aufmerksam machte, welche bei der gereizten Stimmung eines Theils der Bevölkerung das Spielen des Balzers nach sich ziehen könnte, wobei er zugleich als Vorstand der Schützengesellschaft jede Verantwortlichkeit hiefür im voraus von sich ablehnte. Auch der Orchesterdirektor, welcher zugleich Lehrer am hiesigen Musikvereine und Dirigent der Theatermusik ist, erhielt ein anonymes Schreiben, worin ihm bezüglich seiner Stellung mit Unannehmlichkeit gedroht wird, im Fall er den übrigens einzigen Walzer des Programms spielen sollte. Sie sehen somit, wie es hier mit unserm gefälligen Leben steht.

Schweiz.

Bern, 17. Febr. Die englische Regierung hat den eidgenössischen Behörden zu wissen gethan, sie sei bereit, mit der Schweiz eine die Aufhebung der gegenseitigen Passvisa betreffende Erklärung auszutauschen.

Italien.

Turin, 16. Febr. Die offiziöse „Opinione“ sagt heute über die Anerkennung des Königreichs Italien durch Preußen u. A.:

Die preussische Regierung hat bis jetzt noch gezögert und zögert noch immer, das Königreich Italien anzuerkennen. Sie ist uns nicht feindlich und hat immer mit uns freundschaftliche Beziehungen unterhalten; aber noch ist sie nicht zu einem Akt entschlossen, mit dem ihr die zwei Weltmächte vorangegangen sind. In dieser zögernden Haltung des Berliner Kabinetts zeigt sich eine Politik übermäßiger Rücksichtnahme auf einen Theil Deutschlands, und eine fast unbesiegbare Unfähigkeit in der Wahl zwischen den beiden Prinzipien des göttlichen Rechts und des Volkrechts, welche unter verschiedenen Formen in der modernen Gesellschaft unter einander im Kampf liegen. Gleichwohl dürfte man glauben, daß die Föderung nur in dem Wunsch der Regierung ihren Grund hat, die öffentliche Meinung auf die Anerkennung des Königreichs Italien vorzubereiten. Wenn dies die Politik des Berliner Kabinetts ist, so hätte sie vom preussischen Volk und seinen Vertretern nicht besser verstanden werden können. Der Antrag v. Garibaldi beweist, daß die Ideen der republikanischen Liberalen bezüglich Italiens noch dieselben sind, wie im vorigen Jahr. Die Ereignisse des Jahres 1861, die Proklamirung des Königreichs Italien, die feierliche Behauptung unseres Rechts auf Rom und Venedig haben die Ueberzeugungen der liberalen Partei in Deutschland nicht erschüttert; sie haben sie vielmehr in der Ansicht befestigt, daß weder Preußen noch Deutschland ein Interesse haben, sich der Befestigung der neuen Ordnung der Dinge in Italien entgegenzustellen.

Die „Opinione“ sucht dann zu zeigen, daß Preußen weder die Gründe Australands noch Oesterreichs für seine Zurückhaltung habe, und schließt:

Wenn das preussische Kabinet gesehen läßt, daß die öffentliche Meinung sich offen im liberalen Sinne ausdrückt, so hat sie auch keinen Grund mehr, einen Akt zu verschieben, von dem wir nicht zu sagen bräuen, mit welchen Gefühlen er in Italien aufgenommen würde. Die Kundgebung der Abgeordnetenkammer in Berlin ist höchst ehrenvoll. Wir wünschen uns mit Preußen und Deutschland Glück dazu, als zu einem Ereigniß, welches den raschen Fortschritt der liberalen Ideen bezeugt und uns hoffen läßt, daß der Tag nahe ist, an welchem die Beziehungen zwischen Preußen und Italien wieder in regelmäßiger Weise hergestellt sind, wie dies von den beiderseitigen Interessen und der Gleichartigkeit ihrer politischen Einrichtungen dringend verlangt wird.

Turin, 18. Febr. In der Abgeordnetenkammer erklärte Baron Nicasoli auf die Interpellation v. v. Zanana's, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, Schiffe zur Verstärkung der Expedition nach Mexiko zu schicken. Sie habe es nur für nöthig erachtet, einige Fregatten nach den Kolonien abzuschicken, um die italienischen Unterthanen daselbst zu beschützen. Eine Petition der Bewohner Bergamo's gegen den Bischof ist an den Minister verwiesen worden.

Frankreich.

Paris, 19. Febr. In Betreff der Gerüchte über ein angebliches Amendement des Prinzen Napoleon ist an das Reglement des Senats zu erinnern, dem zufolge jedes

Amendement 48 Stunden vor der Diskussion eingereicht werden muß. Nun ist nach eingezogenen verlässlichen Erkundigungen so viel gewiß, daß Prinz Napoleon gestern noch feinerlei Amendement eingereicht hatte. Dies wird übrigens nicht hindern, daß es bei der Adressdiskussion, für welche schon gestern 17 Redner für und gegen eingeschrieben waren, heftig hergehen wird. Der Prinz wird an der Diskussion Theil nehmen, das Wort aber nicht wegen der italienischen Angelegenheit ergreifen, sondern diese Frage nur im Laufe seiner Rede zur Sprache bringen. Dr. v. Lagueronniere wird dann speziell in der römischen Frage das Wort ergreifen. Die Diskussion im Senat dürfte sich bis Ende der nächsten Woche verlängern. Im Gesetzgebenden Körper wird die Adressdiskussion erst beginnen, wenn sie im Senat beendet ist. Mit der Redaktion des Adressentwurfs in der Kammer der Abgeordneten ist Hr. Granier aus Cassagnac beauftragt, und wird dieser Entwurf morgen oder übermorgen in der Kommission verlesen werden. — Morgen soll in der Akademie die Wahl des Nachfolgers des Paters Lacordaire stattfinden. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die erforderliche Zahl von 20 Wählern anwesend sein wird.

Der Kultusminister Hr. Rouland hat nun auch an den Erzbischof von Paris ein Schreiben gerichtet, womit er aufgefordert wird, dem Klerus seiner Diözese die Konversion (ohne Wortspiel) zu empfehlen. Kardinal Morlot brachte dieses Aktenstück heute zur Kenntniß der Geistlichkeit. — Nach hier eingetroffenen Privatberichten aus Athen hatte die Regierung die energischen Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung in Nauplia getroffen. Die Hauptstadt und das ganze Land waren ruhig. — Die unbegründete Nachricht von einer Schlapse der Spanier bei Vera Cruz rührte, wie man jetzt erfährt, von einem durch ein mexikanisches Journal von Puebla veröffentlichten, ganz überbürdeten Gerücht her. — Die sog. Menagerie von Versailles ist definitiv aufgehoben. Die dort befindlichen 35 prächtigen Reit- und Zugsperde werden dem „Sport“ zufolge am 13. nächsten Monats öffentlich versteigert werden. — In den Elysäischen Feldern soll ein gewisser Raum mit Asphalt bedekt und zum Laufen mit Schlittschuhen auf Rollen eingerichtet werden.

Spanien.

Madrid, 18. Febr. Hr. M. ist heute Morgen angekommen. Im Kongreß hat der Minister des Innern den Gesetzentwurf über die Presse wieder vorgebracht. Die Ratifizierung wurde ermächtigt, den Vertrag mit Marokko zu ratifiziren.

Türkei.

Mostar, 16. Febr. Die insurgirten Distrikte von Schiuma und Poporo, deren Verbindung mit Jubzi durch die Türken unterbrochen ist, haben ihre Unterwerfung erklärt. Omer Pascha hat ihnen Amnestie bewilligt. Die Verhaftungen werden Abgedröht nach Trebinje senden, um die bestehenden Streitfragen zu erledigen. Die Provinz Jubzi wird nun angegriffen werden, falls sie nicht alsbald ihre Unterwerfung anzeigt.

Großbritannien.

London, 18. Febr. Im Oberhause ergriff gestern Earl of Clarendon das Wort über einen Gegenstand, der, obgleich den Sprechenden persönlich angehend, doch zugleich von politischer Wichtigkeit sei: die unlängst veröffentlichten Briefe Cavour's.

Ich weiß nicht — sagt Lord Clarendon —, ob die Briefe echt oder unecht, in wessen Hände sie gefallen oder zu welchem Zweck sie veröffentlicht worden sind. Dies geht mich auch weiter nichts an; aber es werden mir darin gewisse Versicherungen zugeschrieben, über die ich dem Hause Rechenschaft schuldig bin, da ich zum Theil, wo ich sie gethan haben soll, Ihrer Majestät Sekretär des Auswärtigen und erster Bevollmächtigter auf dem Pariser Kongreß war, und in dieser Eigenschaft ohne die Sanction der Regierung keine Meinung kundzugeben und keinen Rath zu ertheilen hatte. Da Graf Cavour unglücklicher Weise nicht mehr unter den Lebenden weilt, so will ich nicht mehr sagen, als mir unbedingt nöthig scheint, um den Verdacht einer mir indirekt schuldgegebenen Ungereimtheit von mir abzuwälzen.

Die Beschildigung geht dahin, daß ich dem Grafen Cavour durch die Zusage materiellen englischen Beistandes aufgemuntert haben soll, Streit mit Oesterreich zu suchen. Nun ist Bielefeld Cavour's Briefen vollkommen wahr; was er z. B. über meine Versicherungen gegen die neapolitanische und römische Regierung berichtet, ist die reine Wahrheit. Allein Cavour war von dem dürrigen Ergebnisse der Kongressdiskussionen nicht befriedigt. Er machte mir gegenüber kein Hehl aus seiner bitteren Enttäuschung und sagte mir fortwährend, er könne nicht vor das Parlament in Turin treten, wenn er nicht zu beweisen vermöge, daß seine Anwesenheit beim Kongreß einige Wirkung gehabt habe. Ich sah ihn in der Regel alltäglich und hörte ihn bereitwillig über den einzigen Gegenstand an, von dem er sprechen wollte, und über den er stets mit Ernst und Verehrsamkeit sprach. Aber diese Gespräche schienen mir niemals von hinlänglich praktischer Tendenz, um eine Berichterstattung darüber an Ihrer Majestät Regierung nöthig erscheinen zu lassen. Es findet sich daher, obwohl ich nachgefragt habe, keine amtliche Aufzeichnung der ihm wiederholt von mir gegebenen Versicherungen, daß unser standhafter Grundsatze sei, unsere Vertragsverbindlichkeiten zu beobachten und uns an die Prinzipien des Völkerrchts zu halten. Zugleich verheimlichte ich nicht, was alle Welt wußte, daß es uns darum zu thun war, Italien von der fremden Besatzung zu befreien, die Regierungswelt Rom's und Neapels zu verbessern, und daß diesen Zwecken die moralische Unterstützung Englands stets zu Gebote stand.

Von den zahlreichen Unterredungen, die ich mit Graf Cavour hatte, erinnere ich mich einer einzigen, die der Behauptung, als hätte ich eine materielle Hilfeleistung in Aussicht gestellt, einen Schein der Wahrheit geben könnte; und diese Unterredung bezog sich nicht auf einen Krieg Piemonts gegen Oesterreich, sondern auf eine österreichische Invasion Piemonts. Eine solche Invasion war Cavour's fixe Idee. Ich versicherte ihm, daß meine Unterredungen mit dem Grafen Buel mich in dem Glauben befestigt, daß eine solche Invasion zur Zeit nicht zu befürchten sei, und als Graf Cavour mich fragte, was wir im Fall derselben thun würden, erwiderte ich: so weit mein Gedächtniß reicht. Wenn Sie meine Meinung wissen wollen, so möchte ich sagen, daß, wenn Oesterreich in Piemont einfiel, um dort die Freiheit zu unterdrücken, unser Parlament

und Volk Ihnen einen praktischen Beweis ihrer Gesinnung geben würden.

Dies war, wenn nicht der entscheidende Wortlaut, doch Sinn und Tendenz meiner Antwort. Ich gab eine persönliche Meinung ab über einen hypothetischen Fall, dem ich damals keine Wichtigkeit beilegte, und ich wußte eben so wenig, daß Graf Cavour dies that, bis mir diese Briefe zu Gesicht kamen.

Wenn ich an den Enthusiasmus des Grafen Cavour für seine eigenen Ideen denke, an sein glühendes Verlangen, sie in Paris zu fördern, und den Muth seiner Turiner Freunde aufrecht zu halten, so kann ich diese übertreibende Darstellung unserer Privatgespräche entschuldigen. Aber daß ich, ohne Ermächtigung meiner Kollegen, wider allen Menschenverstand, und wissend, daß der Kaiser der Franzosen damals nicht im entferntesten an einen Krieg gegen Oesterreich dachte und nicht einmal die Entsendung der österreichischen Truppen aus den Legationen verlangte — daß ich unter solchen Umständen, ob auch noch so indirekt, einem Lande, dem wir wohl wollten, einen so schmerzlichen Schritt empfohlen haben soll, wie ein Krieg gegen Oesterreich und seine große Armee unter Radetzky gewesen wäre, ist ein so handgreiflicher Anstoß, daß ich hoffen darf, er werde sich in den Augen Ihrer Lordschaften von selber (höri höri!), ohne daß ich Anspruch auf jene außerordentliche Zurückhaltung und Besonnenheit zu machen brauche, die mir Graf Cavour ziemlich paradoxer Weise in dem Brief an seinen Korrespondenten zuschreibt. (Cheers.)

Unsere Blätter bringen den Wortlaut der preussischen Antwortsnote auf die identischen Noten Oesterreichs und der Mittelstaaten, mehrere darunter zugleich mit Leitartikeln darüber, so „Globe“, „Star“, „Morning Chronicle“ und „Morning Advertiser“, während „Times“, „Daily News“ und „Herald“ sich noch zur Ueberlegung Zeit lassen. Die erstgenannten stellen sich alle mit größerer oder geringerer Entschiedenheit des Ausdrucks auf Seiten Preußens, ohne jedoch von diesem große, entscheidende Maßregeln zu erwarten.

China.

St. Petersburg, 19. Febr. Nachrichten aus Peking vom 15. Jan. melden: Die Insurrektion schreiet nach Scheitern und den Zentralprovinzen des Reichs vor. Die Rebellen benachrichtigten den englischen Konsul in Hankau von ihrer Absicht, einen Angriff auf diese Stadt und später auch auf Shanghai machen zu wollen; sie versprachen jedoch Schonung des Lebens und Eigentums, wenn kein Widerstand geleistet würde; im andern Falle drohten sie Ausrottung der Bevölkerung an.

Amerika.

Neu-York, 6. Febr. In der Neu-Yorker Handelskammer wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Regierung durch Annahme des Papiergeldes zu unterstützen. — Ueber die Burnside'sche Expedition ist man fortwährend im Ungewissen; es fehlt noch jede bestimmte Nachricht. — Der amerikanische Konsul in Honolulu, welcher in Washington angekommen ist, berichtet, daß Agenten nach England geschickt worden sind, um sämtliche Sandwichinseln an England zu verpfänden. — Hr. Schurz, der amerikanische Gesandte in Madrid, ist in Washington angekommen.

Bermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 20. Febr. Gegenüber dem Circus Zühr und Hüttemann auf dem Schloßplatz, dessen Vorstellungen fortwährend ein zahlreiches Publikum anziehen, erblickt man eine andere Bude, die ebenfalls ein erhebliches Interesse bietet. Sie enthält das Panorama des Hrn. F. Bayer, welches bereits in München, Augsburg, Stuttgart und der Schweiz vielfachen Anklang fand. Die Aufgabe, die sich Hr. Bayer gestellt, spricht er selbst dahin aus: „Wenn ein Panorama seine Aufgabe erfüllen und den Zweck erreichen soll, so muß es große Tagesereignisse und Schöpfungen so klar und anschaulich richtig wie möglich darstellen, so daß durch das Auge die Seele die Momente aufnimmt, und ergriffen von der Wahrheit und Schönheit des Bildes sich die Szene naturgetreu vergegenwärtigen kann.“ Dieser Idee entspricht denn auch die Anstalt. Die Bude selbst ist elegant geräumig, durch einen Ofen erwärmt und bei Nacht durch 150 Gasflammen beleuchtet. Wir können den Besuch derselben bestens empfehlen.

London, 18. Febr. Den Reigen bei der Einfindung für die Ausstellung hat der unbedeutendste aller Staaten: die Republik Liberia, eröffnet, deren Beiträge (aus Kaffeebohnen, Zerkleinern und andern Naturprodukten) schon am Samstag abgeliefert worden sind. Heute werden Artikel aus Rußland, Norwegen, Belgien und verschiedene englische Beiträge ihren Eingang halten, und von nun an wird es mit dem Zustuß wahrscheinlich recht lebendig werden. Von liberalen Theilnehmern ist das Meiste schon in London eingetroffen; dagegen ist es zweifelhafter als je, ob die vereinigten Staaten von Amerika von dem ihnen angewiesenen Raum Gebrauch machen werden.

Marktpreise.

Ergebniß des am 15. und 18. Febr. 1862 zu Billingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Verkauf.	Ganze Ver.	Preis per Zmr.	Ausschlag per Zmr.	Abschlag per Zmr.
Korn	1140	756 fl. 6 fr.	6 fl. 83 fr.	—	—
Woggen	2	12 fl. — fr.	6 fl. 52 fr.	—	—
Gerste	—	—	—	—	—
Bohnen	31	143 fl. 20 fr.	4 fl. 15 fr.	—	—
Erbsen	—	—	—	—	—
Linien	—	—	—	—	—
Maisfrucht	113	451 fl. 44 fr.	4 fl. 11 fr.	—	—
Wicken	5	25 fl. — fr.	5 fl. — fr.	—	—
Saber	290	1096 fl. 32 fr.	3 fl. 51 fr.	—	—
Weizen	—	—	—	—	—

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Hermann Braun.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 21. Febr. Fünftes Abonnementskonzert des groß. Hoforchesters im großen Saale des Museums, für das Gesamtpublikum.
Sonntag, 23. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. Die Zauberflöte; Oper in 2 Akten von Mozart. „Tamino“ — Hr. Brandes, als Oast.

3.398. Mannheim. Auswärtige Freunde benachrichtigen wir, mit der Bitte um stille Theilnahme, daß am 10. d. M. die Frau Stiftungsverwalter Johanna Frey Wittwe, geborne Drff, in ihrem 83. Lebensjahre dahier gestorben ist. Mannheim, den 13. Februar 1862.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

3.347. Karlsruhe.
Circus Suhr & Hüttemann
auf dem Schloßplatz in Karlsruhe,
mit Logen, Speerfüßen und Sitzplätzen, geheizt, mit Decken unter den Füßen, und die Logen mit Fußwärmen versehen. Heute Freitag den 21. Febr. 1862: **Große außerordentliche Vorstellung in der höhern Reitskunst, noch nie gesehene Gymnastik und ganz besondere Pferdebesessung.** Zum ersten Male: Die Tänzer in den Abzügen, große historische Spektakel: Pantomime in 2 Aufzügen, mit Gefecht zu Pferd und zu Fuß, Tänzen, Evolutionen, Gruppierungen und Tableau, ausgeführt von 120 Personen und 24 Pferden. Morgen Samstag den 22.: Große außerordentliche Gala-Vorstellung. Sonntag den 23., zwei Vorstellungen, erste 4 Uhr Nachmittags, zweite 7 Uhr Abends. Zu der heutigen Vorstellung, sowie Benefiz-, Gala- und Sonntags-Abends-Vorstellungen sind die Freikarten unguiltig.



3.350. Karlsruhe. Unterzeichnete macht hiemit die ergebnisse Anzeige, daß die erste Aufstellung seines Panorama's Dienstag den 25. d. zum **Letzten Male** zu sehen ist. Dann folgt die zweite Aufstellung, enthaltend „Die Reise durch die Schweiz.“
J. Bayer.

3.332. Nr. 1055. Lörrach.
Wiesenthal-Bahn.
Die unterzeichnete Direction bringt den Aktionären der Wiesenthal-Bahn in Erinnerung, daß die letzte Einzahlung von 50 fl. per Aktie am 28. dieses stattfinden soll.
Auf den Aktien, die ratenweise zu den festgesetzten Terminen einbezahlt worden sind, ist für Zins in Bezug zu bringen:
Zins von 150 fl. vom 31. Aug. 1861 bis zum 28. Febr. à 4% per anno 3 fl. — fr.
50 fl. vom 30. Nov. 1861 bis zum 28. Febr. 1 fl. 30 fr.
Anticipations-Zins von 250 fl. vom 28. Febr. bis zum 30. Juni 3 fl. 20 fr.
6 fl. 50 fr.
So daß auf diesen Aktien die Einzahlung noch 43 fl. 40 fr. beträgt. Vom 1. Juli 1862 an treten die Aktien in den Genuss der sich ergebenden Dividende.
Gleiche kann am gleichen Tage (28. dieses) auf den schon früher liberirten Aktien der Zins bis 30. Juni 1862 bezogen werden.
Die Interimscheine sind bei der Bezeichnung der Aktien beizubringen.
Der Termin der Auswechslung der Interimscheine gegen die definitiven Aktien wird bekannt gemacht werden, sobald diese letztern ausgefertigt sind.
Die Einzahlungen und Anbezüge finden statt in:
Lörrach bei Herrn C. N. Gebhard,
Schopfheim „ Gottschalk & Grether,
Basel „ Bischoff zu St. Alban,
„ Ehinger & Cie.,
„ J. Merian-Forcart,
„ Passavant & Cie.,
„ J. Riggelbach,
„ von Sehr & Cie.,
„ Carl La Roche, Söhn.
Lörrach, den 15. Februar 1862.
Die Direction der Wiesenthal-Bahn:
W. Geigy, Präsident.
W. Wülfger.

3.334. Lörrach.
Wiesenthal-Bahn.
4 1/2 % Anleihen von 750,000 fl. süddeutscher Währung.
Die unterzeichnete Direction bringt den Theilhabern an obigen Anleihen in Erinnerung, daß der Endtermin der Einzahlung am 28. Februar l. J. zu Ende läuft.
Vom 28. Februar an können die am 1. März fälligen Semesterrzinsen des 4 1/2 % Anleihens gegen Vorweisung der Interimscheine eingezogen werden.
in Basel bei Herrn Bischoff zu St. Alban,
Lörrach „ C. N. Gebhard,
Schopfheim „ Gottschalk & Grether.
Der Termin der Auswechslung der Interimscheine gegen die definitiven Titel wird bekannt gemacht werden, sobald diese letztern ausgefertigt sind.
Lörrach, den 15. Februar 1862.
Die Direction der Wiesenthal-Bahn:
W. Geigy, Präsident.
W. Wülfger.

3.482. Frankfurt a. M.
Freiburger Fl. 7 Anleihenloose.
Gewinne: Fr. 60,000, 50,000, 40,000, 30,000 etc.
Ziehung am 15. März.
Königl. Schwedische 10 Thlr. Loose.
Gewinne: Thlr. 25,000, 20,000, 18,000 etc. etc.
Ziehung am 1. Mai.
Für sichere und vortheilhafte Anlagen kleiner Kapitalien und Ersparnisse empfehlen wir diese Staats-Anleihenloose zum Tagescourse und ertheilen jede zu wünschende Auskunft, sowie Verloosungspläne gratis.
Bas & Herz, Bank- und Wechselgeschäft
in Frankfurt a. M., Paradeplatz Nr. 2.

Commisstelle-Gesuch.
3.402. Ein junger Mann aus einer Beamtenfamilie, welcher seine Lehre in einem Gemischten-Waaren-Geschäfte beendigt hat, sucht eine Stelle.
Der Eintritt könnte sogleich geschehen.
Franco-Offerten unter der Chiffre H K besördert die Expedition dieses Blattes.

3.379. Heidelberg.
Offene Gehilfenstelle.
Für eine Apotheke im Freisingen suchen wir pro 1. April einen tüchtigen Gehilfen und sehen gefälligen Anträgen entgegen.
Chr. Keller & Cie. in Heidelberg.

3.348. Karlsruhe.
C. Arleth,
Großherzoglicher Hoflieferant,
empfehlen ganz frische
Süße Turbots, Solles, Schellfische,
ganz frische Homards, franz. und engl. Austern, ger. Winterlachs,
— echt russ. u. Elb-Caviar, Straßburger Gänseleberpasteten, —
frische Verrigord-Trüffel in 1/8, 1/4, 1/2 und 1/1 Schmier und getrocknete Trüffel und Morcheln,
Champignons, Capern, Oliven etc. etc.,
ger. Backings, mar. Bricken, Sardines, russ. mar. Sardellen, Thunfische, Maquereaux, Särings, Krabben, Anchovis, Ochsenmahlmal,
dazu wieder vorzügliches
Münchener Winterbier vom Spaten, —
echt engl. Ale und Porterbier, —
feine Weine und Liqueure etc. etc.

**3.323. Wegen öfterem Unwohlsein habe ich mich entschlossen, mein Hofgut (der sogenannte Schloßhof), Gemeinde Buchenberg, 1/2 Stunde von dem Bürgergemeindeort Königfeld, Amt Büllingen, Großh. Baden, aus freier Hand zu verkaufen. Das Gut ist arrendirt und besteht in 20 Morgen sehr guter Weizenfelder, circa 70 Morgen Acker, 55 Morgen Weidfeld und 125 Morgen größtentheils junger Waldung, sowie etwas schlagbarer, alles bad. Maß. An Wirtschaftsgeländen sind zwei auf eingerichtete Wohnhäuser mit stark laufenden Brunnen, ein besonders feiner Feuchtspeicher, sowie eine Bad- und Waschküche und 1/2 Antheil an einer Hausmahlmühle.
Nähere Auskunft ertheilt gerne der Besitzer.
Schloßhof, den 18. Februar 1862.
Nikolaus Howard.**

Deutscher Ingenieur-Verein.

Der Pfalz-Saarbrücker Bezirks-Verein wird nächsten Sonntag den 23. Februar, Mittags 1 Uhr, seine Versammlung zu Mannheim im Saale des Pfälzer Hofes halten, und werden hierzu die Herren Techniker jeden Faches, sowie die Herren Lehrer der verschiedenen technischen Anstalten und sonstige Freunde dieses Zweiges höflichst eingeladen.
Der Vorstand
des Pfalz-Saarbrücker Bezirks-Vereins deutscher Ingenieure.

3.419. Nr. 217. Karlsruhe.
Eisenbahnbau von Karlsruhe an den Rhein.
Für Herstellung der Hochbauten, und zwar:
des Aufnahmegebäudes am Mühlburger Thor zu Karlsruhe, des Stationsgebäudes zu Mühlburg und des Stationsgebäudes zu Knieflingen,
sollen nachstehende Bauarbeiten:

	Mühlburger Thor.	Mühlburg.	Knieflingen.
1) Maurerarbeit	4298 fl. 14 fr.	3161 fl. 30 fr.	3161 fl. 30 fr.
2) Steinmauerarbeit	2299 fl. 54 fr.	576 fl. 25 fr.	576 fl. 25 fr.
3) Zimmerarbeit	2414 fl. 26 fr.	1275 fl. 41 fr.	1275 fl. 41 fr.
4) Schreinerarbeit	1568 fl. 3 fr.	979 fl. 12 fr.	979 fl. 12 fr.
5) Glaserarbeit	651 fl. 34 fr.	339 fl. 36 fr.	339 fl. 36 fr.
6) Schlosserarbeit	268 fl. 36 fr.	192 fl. 15 fr.	192 fl. 15 fr.
7) Flechtarbeit	183 fl. 54 fr.	167 fl. 48 fr.	167 fl. 48 fr.
8) Dachdeckerarbeit	647 fl. 20 fr.	319 fl. 12 fr.	319 fl. 12 fr.
9) Fächlerarbeit	250 fl. 34 fr.	146 fl. 50 fr.	146 fl. 50 fr.
10) Tapezierarbeit	432 fl. 20 fr.	48 fl. 20 fr.	48 fl. 20 fr.
11) Verschiedene	478 fl. — fr.	293 fl. 5 fr.	293 fl. 5 fr.
Summa	13192 fl. 55 fr.	7499 fl. 54 fr.	7499 fl. 54 fr.

auf dem Wege schriftlicher Angebote vergeben werden.
Die Angebote haben nach Einzelpreisen zu geschehen und sind wohlverpackt und unter der Bezeichnung: **„Angebot auf Bauarbeiten“** längstens bis **Freitag den 28. d. Mts., Vormittags 10 Uhr,** auf dem Geschäftszimmer der unterzeichneten Stelle einzurichten.
Hier können auch Pläne, Voranschläge und Bedingungen eingesehen und die Angebots-Formulare in Empfang genommen werden.
Karlsruhe, den 19. Februar 1862.
Städtisches Eisenbahnbau-Min.
Berlin.

3.384. Nr. 374. Heidelberg.
Fabrikversteigerung.
Aus der Verlassenschaftsmasse des verstorbenen hiesigen Bürgers und Wagenfabrikanten Johann Schäfer er wird, der Ertheilung wegen, auf Antrag der Beteiligten am **Donnerstag den 6. März d. J.,** Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum Dammschäfer Hof dahier zu Eigentum öffentlich versteigert:
Ein in der Nähe der Stadt und den Bahnhöfen gelegenes Fabrikgebäude zum Bau von Eisenbahnwagen eingerichtet, mit Dampfmaschinen, großer Sägmühle, Feinmehlsäge, 3 Rührmaschinen, Hammerwerk mit 3 Hämmer, 7 Schmiede, 3 Drehbänken, Bohrmaschinen mit einschlagenden Hülsmaschinen, Hobelbänken mit kompletten Hilfszeugen etc. etc.
Die Fabrik beschäftigt ca. 50 — 60 Arbeiter im Eisenbahnwagenbau, und hat überdies ausgearbeitete Standmaschinen für die Sägmühle, sowie in Arbeiten allerlei Art unter dem Hammerwerk.
Nach den Versteigerungsbedingungen, welche jeden Samstag (Dienstag und Freitag) auf dem Geschäftszimmer des unterzeichneten Notars eingesehen werden können, wird an dem festgesetzten Versteigerungstage der enghältige Zuschlag ohne allen Vorbehalt erteilt, und Nachgehote unter keiner Bedingung angenommen, worauf die Steigerungsliebhaber hiemit besonders aufmerksam gemacht werden.
Heidelberg, den 17. Februar 1862.
Großh. bad. Distriktsnotar:
v. Rejold.

3.395. Baden.
Versteigerung einer Buchdruckerei-Einrichtung.
In Folge richterlicher Verurteilung werden dem Buchdrucker Alfred Reich dahier am **Freitag den 28. d. M.,** Morgens 10 Uhr anfangend, auf dem Rathhause dahier
1 eigene Handpresse Nr. 3 (groß Oktav) mit 3 Schließrahmen,
1 Farblich, 1 steinerner Farbplatte, 2 tannene Käfen mit 24 und 30 Fächern, 2 Schließregale, 6 Segregale, 1 höhere Glättpresse mit eiserner Spindel und 200 Drehel, ca. 22 Zentner Lettern etc.
gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.
Baden, den 19. Februar 1862.
Der Gerichtsvollzieher
M. Schäfer.
3.399. Nr. 758. Lahr.
Pferdversteigerung.
Dienstag den 25. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr, wird im Hofe der unterzeichneten Stelle ein Militärpferd, Rapp-Balack, 9 Jahre alt, gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.
Lahr, den 18. Februar 1862.
Großh. Hauptstaatsamt.
3.388. Pforzheim.
Gasthaus-Versteigerung.
Was Papst zum Ochsen dahier und der Pfleger seines erhebelichen Kindes lassen, der Theilung wegen,
Donnerstag den 13. März d. J., Vormittags 11 Uhr, auf hiesigem Rathhause öffentlich zu Eigentum veräußert:
Das Gasthaus zum Ochsen in der Altstadt dahier mit Realwirtschaftsgerechtigkeit, Wirtschaftsgarten und besonders stehendem Kellergebäude.
Anschlag 24,000 fl.
Pforzheim, den 18. Februar 1862.
Großh. bad. Amtsvorstand.
Sauer.
vdt. Stahl, Notar.
3.360. Leopoldsdorfen.
Holzversteigerung.
Aus dem hiesigen Gemeindewald, Distrikt Fahrenstraße, werden **Mittwoch den 26. d. M.,**

4 Stämme Eichen, zusammen 494 Kubitfuß
1 „ „ „ „ 148 „ „ „ „
2 „ „ „ „ 15 „ „ „ „
auf der Hiebelle versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Reppelshausen, den 18. Februar 1862.
Das Bürgermeisteramt.
Rabel.
3.406. Karlsruhe. (Holzversteigerung.)
Aus der großh. Forstverwaltung werden öffentlich versteigert:
Montag den 24. d. M.:
16 1/2 Klafter gemischtes Scheit- und Prügelholz, 52 Stummen,
4300 Stück gemischte Wellen;
Dienstag den 25. d. M.:
59 Stämme Eichen, Holländers, Bau- und Nutzholz,
44 Stämme Tannen, Bau- und Nutzholz,
2300 Eichen-Etanzen zu verschiedenen Wertheis tauglich.
Die Zusammenkunft ist jeden Tag früh 9 Uhr im Innern Birkel am Rajanengartenhof.
Karlsruhe, den 19. Februar 1862.
Großh. Hof-Forstamt.
v. Schönaue.
3.422. Rhenen. (Holzversteigerung.)
Aus dem Domänenwald diesseitigen Forstbezirks, Distrikt L. Müsch, Schlag Nr. 7, nahe bei der Stadt Rhenen, werden nachbeschriebene Holzsortimente in kleinen Looßen gegen Bezahlung vor der Ausruf versteigert.
Montag den 24., Dienstag den 25. und Mittwoch den 26. Februar,
Scheiterholz: 6 1/2 Klafter hagenbuchenes, 47 1/2 Klafter eigenes, 10 1/2 Klafter eigenes, 9 Klafter gemischtes, Prügelholz: 216 1/2 Klafter eigenes, 128 1/2 Klafter gemischtes. Normalloosen: 400 Stück hagenbuchene, 16,850 Stück gemischte und 5 Loos Schlagraum;
Donnerstag den 27. Februar: 11 starke Holländereichen, 3 Stück vorzügliche eigene Spaltlöcher, geeignet für Küfer, Kändler und Wasler, 1 Nagelschmiebeloch, 25 Bau- und Wagnereichen, 4 Wehrschöpfe, 20 Hagenbuchene, 54 Erlen, 2 Birken, 44 Eichen und 6 Klafter vorzügliches eigenes Spaltlöcherholz.
Man verammelt sich jeden Tag Morgens 9 Uhr auf dem Schlag, in welcher Zeit mit der Steigerung der Anfang gemacht wird.
Rhenen, den 10. Februar 1862.
Großh. bad. Bezirksforstf. L. Udenmaier.

3.403. Nr. 72. Friedrichstal. (Holzversteigerung.)
Aus großh. Hardtwalde werden versteigert:
Donnerstag den 27. d. M.,
aus Albh. Hochfelder-Acker:
48 Stämme Eichen, Holländers, Nutz- u. Bauholz,
194 Stämme Forsten, Bau- und Nutzholz,
Freitag den 28. d. M.,
aus Albh. Hochfelder-Acker und Kastenacker:
2 1/2 Kistr. buchenes, 8 Kistr. eigenes Scheitholz, 64 1/2 Kistr. buchenes, 39 1/2 Kistr. eigenes, 83 1/2 Kistr. forstliches Prügelholz,
53 1/2 Kistr. eigenes Stockholz,
6325 Stück gemischte, 850 Stück eigene Wellen, 19 Loos Schlagraum.
Die Zusammenkunft ist auf der Gräberer Allee am Friedrichstal-Lindenheimer Weg, jedesmal früh 9 Uhr.
Friedrichstal, den 19. Februar 1862.
Großh. bad. Bezirksforstf. von Met hart.
3.337 d. Nr. 83. Bergbausen. (Holzversteigerung.)
Aus dem Domänenwald Hohenberg bei Wöhrbach, Wöhr 10 Breitfuß, versteigert wird bis
Donnerstag den 27. d. M.:
2 Rothbuchen und 9 Eichenstämme und Klöße, Nutzholz, 1 Kistr. eigenes Nutzholz, 48 1/2 Kistr. buchene und 1 Kistr. eigene Scheiter; 26 Kistr. buchene, 1 1/2 Kistr. eigene und 1 Kistr. gemischte Prügel; 1900 buchene Wellen und 1 Loos Schlagraum.
Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr auf dem Schlage.
Bergbausen, den 16. Februar 1862.
Großh. bad. Bezirksforstf. Sauer.

3.383. Pforzheim.
Gasthaus-Versteigerung.
Was Papst zum Ochsen dahier und der Pfleger seines erhebelichen Kindes lassen, der Theilung wegen,
Donnerstag den 13. März d. J., Vormittags 11 Uhr, auf hiesigem Rathhause öffentlich zu Eigentum veräußert:
Das Gasthaus zum Ochsen in der Altstadt dahier mit Realwirtschaftsgerechtigkeit, Wirtschaftsgarten und besonders stehendem Kellergebäude.
Anschlag 24,000 fl.
Pforzheim, den 18. Februar 1862.
Großh. bad. Amtsvorstand.
Sauer.
vdt. Stahl, Notar.
3.360. Leopoldsdorfen.
Holzversteigerung.
Aus dem hiesigen Gemeindewald, Distrikt Fahrenstraße, werden **Mittwoch den 26. d. M.,**

4 Stämme Eichen, zusammen 494 Kubitfuß
1 „ „ „ „ 148 „ „ „ „
2 „ „ „ „ 15 „ „ „ „
auf der Hiebelle versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Reppelshausen, den 18. Februar 1862.
Das Bürgermeisteramt.
Rabel.
3.406. Karlsruhe. (Holzversteigerung.)
Aus der großh. Forstverwaltung werden öffentlich versteigert:
Montag den 24. d. M.:
16 1/2 Klafter gemischtes Scheit- und Prügelholz, 52 Stummen,
4300 Stück gemischte Wellen;
Dienstag den 25. d. M.:
59 Stämme Eichen, Holländers, Bau- und Nutzholz,
44 Stämme Tannen, Bau- und Nutzholz,
2300 Eichen-Etanzen zu verschiedenen Wertheis tauglich.
Die Zusammenkunft ist jeden Tag früh 9 Uhr im Innern Birkel am Rajanengartenhof.
Karlsruhe, den 19. Februar 1862.
Großh. Hof-Forstamt.
v. Schönaue.
3.422. Rhenen. (Holzversteigerung.)
Aus dem Domänenwald diesseitigen Forstbezirks, Distrikt L. Müsch, Schlag Nr. 7, nahe bei der Stadt Rhenen, werden nachbeschriebene Holzsortimente in kleinen Looßen gegen Bezahlung vor der Ausruf versteigert.
Montag den 24., Dienstag den 25. und Mittwoch den 26. Februar,
Scheiterholz: 6 1/2 Klafter hagenbuchenes, 47 1/2 Klafter eigenes, 10 1/2 Klafter eigenes, 9 Klafter gemischtes, Prügelholz: 216 1/2 Klafter eigenes, 128 1/2 Klafter gemischtes. Normalloosen: 400 Stück hagenbuchene, 16,850 Stück gemischte und 5 Loos Schlagraum;
Donnerstag den 27. Februar: 11 starke Holländereichen, 3 Stück vorzügliche eigene Spaltlöcher, geeignet für Küfer, Kändler und Wasler, 1 Nagelschmiebeloch, 25 Bau- und Wagnereichen, 4 Wehrschöpfe, 20 Hagenbuchene, 54 Erlen, 2 Birken, 44 Eichen und 6 Klafter vorzügliches eigenes Spaltlöcherholz.
Man verammelt sich jeden Tag Morgens 9 Uhr auf dem Schlag, in welcher Zeit mit der Steigerung der Anfang gemacht wird.
Rhenen, den 10. Februar 1862.
Großh. bad. Bezirksforstf. L. Udenmaier.